

## ÜBERSICHT

### AUSSENPOLITIK

#### BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

##### (1) **Delegation der Alexander-von-Humboldt-Stiftung in Peking**

Li Chang, Vizepräsident der Chinesischen Akademie der Wissenschaften, gab am 21.8.78 in Peking ein Bankett zu Ehren einer Delegation der Alexander-von-Humboldt-Stiftung der Bundesrepublik. Delegationsmitglieder waren der Präsident Professor Feodor Lynen, Generalsekretär Heinrich Pfeiffer, Professor Hansjürg Steinlin, Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz, und Professor Theodor Lehmann. Die Chinesen drückten ihre Genugtuung darüber aus, daß die Bundesrepublik China bei der wissenschaftlichen und technischen Entwicklung unterstützen werde, nachdem die deutsche Seite ihr Interesse an der Ausweitung des akademischen Austausches erklärt hatte.

##### (2) **Bundestagsabgeordnete in China**

Vom 15. bis 31. Juli hat eine interfraktionelle Gruppe von jungen Bundestagsabgeordneten die Volksrepublik China besucht. Sie bestand aus den Abgeordneten Norbert Eimer (SPD), Norbert Gansel (SPD), Michael Glos (CSU), Helmut Haussmann (FDP), Eduard Lintner (CSU), Klaus Rose (CSU), Helga Schuchardt (FDP) und Heide Simonis (SPD). Die Reise erfolgte auf eigene Initiative und Kosten und wurde von der staatlichen chinesischen Organisation China Travel Agency betreut. Die Gruppe reiste über Kanton, Changsha und Wuhan nach Peking und Schanghai. Nach Besuchen in Volkskommunen, industriellen und landwirtschaftlichen Betrieben sowie kulturellen Einrichtungen bildeten Gespräche mit der Staatlichen Bank of China, dem "Institut des chinesischen Volkes für auswärtige Politik" und der deutschen Botschaft den politischen Schwerpunkt der Informationsreise.

Die Abgeordneten begrüßten es, daß nach Angaben der chinesischen Gesprächspartner das Kontingent für deutsche Touristen (zur Zeit 4000) um 50 Prozent erhöht werde.

Sie zeigten sich beeindruckt von den großen Fortschritten in der Landwirtschaft und der relativ guten und vielseitigen Versorgung der Bevölkerung. Die Anstrengungen der Volksrepublik China in der Schwerindustrie wurden beim Besuch des Stahlwerks in Wuhan deutlich, das von westdeutschen Firmen erstellt wird und nach vorübergehenden Verzögerungen vor der Inbetriebnahme steht. Die Abgeordneten haben sich als erste deutsche Politiker im direkten Gespräch mit den deutschen Technikern und ihren Familien in Wuhan über deren Probleme und Leistungen informiert.

Auch der positive Verlauf des Wuhan-Projektes

hat auf chinesischer Seite den Wunsch nach vermehrter wirtschaftlicher und technologischer Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland verstärkt. Die Chancen der deutschen Wirtschaft in China werden von den Abgeordneten als günstig eingeschätzt, insbesondere im Bereich der Investitionsgüterindustrie, der Verkehrs- und der Energieversorgung. Sie sind zu der Überzeugung gekommen, daß der chinesische Staat in Zukunft eine flexiblere Haltung in der finanziellen Abwicklung des verstärkten Außenhandels einnehmen wird.

In den außenpolitischen Gesprächen unterstützen die chinesischen Gesprächspartner ausdrücklich die Einigung Europas. In ihrem außenpolitischen Konzept wird der politischen Union Europas eine besondere Rolle gegenüber den Supermächten zugewiesen. Die Einschätzung der Sowjetunion als Hauptgefahr für den Weltfrieden ist unverändert. Auf dieser Grundlage stehen die Chinesen der Entspannungspolitik kritisch gegenüber.

Die deutschen Abgeordneten vertraten demgegenüber - mit den durch die Fraktionszugehörigkeit bedingten Unterschieden - die Vertragspolitik der Bundesrepublik. Sie teilten insbesondere die Besorgnis der Chinesen über die sowjetische Afrika-Politik.

Die Abgeordneten sind der Auffassung, daß sie durch ihren Besuch einen Beitrag zur Verbesserung der deutsch-chinesischen Beziehungen geleistet haben. Ihr Experiment, mit einer interfraktionellen Gruppe auf Eigeninitiative gemeinsam deutsche Interessen zu vertreten, betrachten sie als geglückt.

#### WESTEUROPA

##### (3) **Chinesen nach Luxemburg**

Was die Russen schon seit vielen Jahren praktizieren, wollen nun auch die Chinesen durchführen. Unlängst fragte Peking an, ob die Bank of China am Eurodollar-Bankplatz Luxemburg eine Niederlassung einrichten könne. Schon zuvor hatten mehrere Delegationen in Zürich und Frankfurt vorgefühlt und auch Filialen der deutschen Großbanken in Luxemburg besucht. Offensichtlich wollen auch die Chinesen damit in das Eurodollarmarktgeschäft einsteigen. (Der Spiegel, 7.8.78)

#### SOWJETUNION UND OSTEUROPA

##### (4) **Peking ignoriert weitere ideologische Attacken Albanien**

Anfang August veröffentlichte Albanien weiter

verschärfte ideologische Kritik an Peking. Das Schreiben des ZK der Partei Albanien und des albanischen Ministerrats an die Partei und Regierung der VR China wurde im vollen deutschen Wortlaut veröffentlicht in MD/OstEuropa, Nr. 145-148, 1978. Dieses im albanischen Parteiorgan Zeri i Popullit veröffentlichte Schreiben beschäftigt sich weiter mit den Differenzen zwischen den beiden ehemals befreundeten Ländern. Albanien wirft der Pekinger Führung u.a. vor, sie habe die von der albanischen Partei an sie gerichteten Schreiben grundsätzlich nicht beantwortet und auch einen Vorschlag ignoriert, daß eine albanische Partei- und Regierungsdelegation zu Gesprächen auf höchster Ebene nach Peking kommen sollte, um die Meinungsverschiedenheiten auszuräumen. Die ganze Sache sei im Sande verlaufen, während zur gleichen Zeit in Peking mit großem Pomp "diverse Könige und Fürsten, Reaktionäre und Faschisten" empfangen worden seien. Albanien sei deshalb auch dem Wunsch Pekings nicht nachgekommen, die Veränderungen an der Spitze der KP Chinas zu unterstützen.

## NORDAMERIKA

### (5) Bemühte sich Chou En-lai schon 1949 um eine Zusammenarbeit mit den USA?

Anfang August veröffentlichte das Washingtoner Außenministerium eine Dokumentensammlung über die Anfangsphase der Beziehungen zur Volksrepublik China. Daraus ergibt sich, daß der ehemalige chinesische Ministerpräsident bereits 1949, und zwar noch vor dem Endsieg der Kommunisten über die Kuomintang, eine Botschaft an Washington sandte, in der er einerseits um amerikanische Hilfe bat und andererseits dafür die Vermittlung der KP Chinas im sowjetisch-amerikanischen Konflikt anbot.

Mit der Veröffentlichung der Schriftstücke wurde wegen des Widerstandes protaiwanesischer Kräfte in den USA so lange gewartet.

Unter anderem schrieb Chou En-lai, die Radikalen seiner Partei suchten eine Allianz mit der Sowjetunion. Die liberaleren Kräfte betrachteten die sowjetische internationale Politik als "wahnsinnig". Er, Chou, habe das Gefühl, die Sowjetunion wolle es auf einen Krieg ankommen lassen. Gute Beziehungen zwischen China und den USA könnten die Haltung der chinesischen Partei zu den westlichen Ländern günstig beeinflussen. Aus drei Gründen sollten die USA den Chinesen helfen:

- China sei noch nicht kommunistisch und werde es möglicherweise noch lange Zeit nicht sein.
- Ein demokratisches China könnte international als Vermittler zwischen den Westmächten und der Sowjetunion auftreten.
- Ein Chaos in China, unter welchem Regime auch immer, sei eine Bedrohung für den Frieden in Asien und der ganzen Welt.

Chou hat auf seine dringende Bitte nie eine Antwort bekommen. (wiedergegeben in SZ, 14.8.78)

### (6) US-Dokumente über die frühen Beziehungen zwischen dem kommunistischen China und den USA freigegeben

UPI meldete (MD, 16.8.78), daß das State Department eine Anzahl von Dokumenten aus seinen Archiven nicht länger als geheim oder sonstwie klassifiziert behandelt und deshalb freigegeben hat, die über eine geheime Kontaktaufnahme zwischen Chou En-lai und der US-Regierung berichten. Chou habe damals die USA insgeheim ersucht, China bei der Steuerung eines unabhängigen Kurses zwischen dem Westen und der Sowjetunion zu unterstützen. Die Sowjetunion hat bereits die Veröffentlichung dieser Dokumente zur Propaganda gegen die Volksrepublik, die insgeheim die Zusammenarbeit mit dem Imperialismus angestrebt habe, ausgenützt.

## AFRIKA UND NAHOST

### (7) Schwierigkeiten mit der Tansam-Bahn

Chinesische Experten kehren gegenwärtig nach Afrika zurück, um zu versuchen, die Tansam-Bahn, eine Strecke zwischen Sambia und Tansania, wieder in Ordnung zu bringen. Dieses erst 1976 von 15.000 Chinesen und 50.000 Afrikanern fertiggestellte Prestigeobjekt Pekings hat bis heute unter der mangelhaften Pflege der Afrikaner heftig gelitten. So führte Mißwirtschaft in Tansania zum Beispiel dazu, daß sich inzwischen insgesamt 70.000 t Stückgut aus Sambia in der tansanischen Hauptstadt Daressalam angesammelt hatte. Der schleppende Weitertransport im Nachbarland Tansania führte bereits zu einem Rückgang der Kupferausfuhren des Binnenlandes Sambia. Delegationen beider Länder verhandeln nun mit chinesischen Vertretern, wie die aufgetretenen Mängel auf der Bahnlinie beseitigt werden können. (SZ, 1.8.78)

## ASIEN

### (8) Malaysia will mehr Gummi verkaufen

Der malaysische Industrieminister hat die Volksrepublik China aufgefordert, mehr Naturkautschuk von Malaysia zu kaufen. Im vergangenen Jahr hatte Peking 270.000 t Rohgummi gekauft, von der die Hälfte aus Malaysia stammte. Der Minister erklärte nach dem Besuch einer chinesischen Expertendelegation im August, daß China wegen seiner schnellen Industrialisierungsprojekte einen weitaus größeren Bedarf an Gummi habe. Man werde deshalb bald eine Delegation nach China senden, um die Exporte auf diesem Sektor zu vergrößern. Neben Gummi wolle man auch mehr Palmöl in die Volksrepublik verkaufen. (SWB/WER, 23.8.78)

### (9) Unterstützt China die Kambodschaner durch Militärberater?

Eine Delegation des US-Kongresses, die in Hanoi

und Laos nach dem Verbleib von 350 amerikanischen Soldaten aus dem Vietnam-Krieg geforscht hatte und am 28. August nach Washington zurückgekehrt war, berichtete von einem Gespräch mit dem vietnamesischen Regierungssprecher Ngo Dien, demzufolge Peking die Kambodschaner direkt militärisch unterstütze. Nach Angabe Ngo Diens haben die Chinesen "Ratgeber und Kader" sowie schwere Artilleriegeschütze zur Verstärkung der Kambodschaner an die vietnamesische Front entsandt. Die Frage von US-Reportern, ob chinesische Truppen direkt an den Kämpfen in dem Grenzkrieg teilnähmen, beantwortete der Sprecher mit "ja". (FR, 24.8.78; Radio Hanoi, 6.9.78; SWB, 8.9.78))

#### (10) Verhandlungen und Gewaltakte im chinesisch-vietnamesischen Grenzgebiet

Seit dem 8. August 1978 haben auf Vizeaußenminister-Ebene Verhandlungen zwischen China und Vietnam über die Frage der Auslandschinesen in Vietnam begonnen. Bis zum 26. August fanden insgesamt vier Sitzungen statt. Die Gespräche beziehen sich auf das chinesisch-vietnamesische Abkommen aus dem Jahre 1955 über die Behandlung von Chinesen in Vietnam. Die chinesische Delegation, die von Vizeaußenminister Chung Hsi-tung angeführt wird, verlangt, daß Hanoi die Diskriminierung, Ächtung, Verfolgung und Ausweisung von Chinesen einstellen, günstige Voraussetzungen für deren Verbleiben in Vietnam schaffen und ihnen die politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Rechte garantieren müsse. Die in Vietnam lebenden chinesischen Staatsbürger dürften nicht zur Annahme der vietnamesischen Staatsbürgerschaft gezwungen und andererseits auch Chinesen mit vietnamesischer Staatsbürgerschaft nicht wegen ihrer chinesischen Volkszugehörigkeit diskriminiert werden. Bisher seien rd. 160.000 Chinesen unter dem Druck vietnamesischer Verfolgungen nach China vertrieben worden. Diese Aktionen bedeuteten für China eine wirtschaftliche Bürde.

Hanoi umgekehrt beschuldigt Peking, die Flucht der Chinesen provoziert und damit einen Vorwand geschaffen zu haben, Vietnam in innen- und außenpolitische Schwierigkeiten zu stürzen (so schon Radio Hanoi, FBIS 3.7.78 K S.2 ff). Die chinesischen Behörden gingen soweit, daß sie das Massenelend der Flüchtlinge zynisch für ihre Propaganda mißbrauchten. So seien beispielsweise Flüchtlinge, die durch den Grenzfluß waten, von chinesischen Kameraleuten aufgefordert worden, nochmals zurück ins Tiefe zu gehen und ihre Habseligkeiten beiseite zu legen, so daß der Eindruck erweckt worden sei, die vietnamesischen Behörden hätten den "Hoa" das Letzte weggenommen, ehe sie sie verjagt hätten (Radio Hanoi, FBIS 6.6.78 K S.9).

Im Gegensatz dazu behauptet China, Hanoi habe schon 1977 eine systematische Kampagne zur Diskriminierung der in Vietnam lebenden Chinesen begonnen. Schon von Juni 1977 bis März 1978 seien daraufhin chinesisch-vietnamesische Gespräche über dieses Thema geführt worden. Hanoi habe sich jedoch in der Brückierung der Auslandschinesen nicht zurückgehalten.

Am 12. Juli 1978 entschloss sich Peking, den Flüchtlingsstrom nach China zu bremsen, indem es ein schon älteres Grenzkontrollabkommen "hiermit erneut bekräftigte" (Näheres Oskar Weggel, Grenzpro-

bleme zwischen China und Vietnam?, C.a. August 1978, S.508). Nur noch diejenigen Hua-chiao könnten nach China zurückkehren, die Einreisepapiere von der chinesischen Botschaft in Hanoi und ein Ausreisevisum der vietnamesischen Behörden vorweisen könnten. Damit kam es zu einem Stau von rd. 5.000 chinesischen Flüchtlingen im vietnamesischen Grenzterritorium, vor allem vor dem Haupttor Vietnams nach China, dem sog. "Freundschaftspaß" (you-yi-kuan).

Damit waren die Grenzzwischenfälle sozusagen vorprogrammiert. Bei der vierten Sitzung der chinesisch-vietnamesischen Vizeaußenminister-Verhandlungen warf die chinesische Seite den vietnamesischen Behörden folgende "Gewalttätigkeiten" vor (PRU 1978, Nr.35, S.24 f):

- Am 1. August hätten vietnamesische Sicherheitsbeamte auf Anweisung ihrer Behörden mit Warnschüssen rd. 2.000 Auslandschinesen über die Grenze am Freundschaftspaß getrieben.
- Am 8. August hätten die vietnamesischen Behörden ihre Sicherheitsbeamten zu einer Messerstecherei auf der Brücke über den Pei-lun-Fluß angestiftet, wobei es darum gegangen sei, 700 Auslandschinesen zu vertreiben.
- In der Nacht zum 12. August seien über 100 im Bahnhofshotel von Hanoi übernachtende Auslandschinesen von bewaffneten Sicherheitsbeamten mit Tränengas überfallen, mit Gewalt weggeschleppt und zum Teil ins Gefängnis geworfen worden.
- Überdies seien im Laufe des Monats mehrere Gruppen von Auslandschinesen aus der Gegend vor dem Freundschaftspaß mit Waffengewalt verschleppt worden.
- Am 25. August schließlich hätten die vietnamesischen Behörden um zehn Uhr morgens Hunderte von bewaffneten Soldaten und Polizisten gegen Auslandschinesen eingesetzt, die auf der vietnamesischen Seite des Freundschaftspasses hängengeblieben waren. Die Hütten dieser Leute an den Abhängen nahe einer Landstraße auf vietnamesischer Seite seien abgerissen und die Bewohner mit Bajonetten, Dolchen, Stöcken und Steinen drangsaliert worden. Vier Chinesen seien an Ort und Stelle getötet und einige Dutzend weitere verwundet worden. Durch diesen Terrorakt sei es den Vietnamesen gelungen, 2.500 Auslandschinesen über die Grenze nach China zu treiben, nachdem man ihnen vorher die letzten Habseligkeiten abgenommen habe. Unmittelbar nach dem Zwischenfall hätten vier Beamte der chinesischen Grenzkontrollstelle um 11.15 Uhr vietnamesisches Gebiet betreten, um zu protestieren. Die vietnamesischen Kräfte hätten sich jedoch wie "Rowdies" auf die chinesischen Vertreter gestürzt und sie sogar verprügelt. Auch seien sie "ohne jeden Grund fast sieben Stunden festgehalten worden".
- Während dieser Vorfälle am Freundschaftspaß hätten die vietnamesischen Behörden schwerbewaffnete Soldaten und Sicherheitsbeamte zusammengezogen, um Anhöhen an der Landstraße zum Paß zu besetzen. Am 25. August gegen 17.30 Uhr seien überdies 200 Soldaten der vietnamesischen Armee voll bewaffnet zu einer Anhöhe auf chinesischem Territorium vorgedrungen und hätten chinesische Beamte mit Steinen beworfen. (ebd.)

Die westlichen Presseorgane bringen zu diesem Vorfall rundweg falsche Zahlen. So spricht beispielsweise die FR (29. August 1978) von 400 vietnamesischen

Soldaten, die auf chinesisches Gebiet vorgedrungen seien. Die FAZ (26.8.78) meldet, daß zwei Menschen getötet und 25 weitere verletzt worden seien, sieben davon lebensgefährlich. Ferner seien bei diesem Vorfall 2.000 Auslandschinesen über den Paß in die Volksrepublik hineingetrieben worden (FR, 29.8.78).

Vietnam steht angesichts der eskalierenden Spannungen mit China vor der Wahl, entweder noch stärker auf sowjetische Hilfe zurückzugreifen - und damit vollends in die sowjetische Umarmung hineinzugeraten - oder aber die Spannungen abzubauen, sich mehr auf die eigenen Beine zu stellen, gleichzeitig aber auch Hilfe von dritter Seite zu erbitten. Möglicherweise hat sich Hanoi in der Zwischenzeit für die zweite Alternative entschieden. Deutlichstes Anzeichen dafür ist die überraschend freundliche Geste, mit der die Vietnamesen den bisher so verabscheuten USA gegenüberstehen: Eine Gruppe von US-Kongreßabgeordneten, die am 28. August 1978 von einem Besuch in Vietnam nach Washington zurückkehrte, hatte über einen "grundlegenden und dramatischen Wandel" in der Haltung Hanois zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit den USA berichtet. Vietnamesische Beamte hätten darauf hingewiesen, daß Hanoi nicht mehr länger auf der Zahlung von 3 Mrd. US\$ Kriegsschadigung als Voraussetzung für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen bestehe. Auch wolle man entschlossen nach dem Schicksal der 340 verschollenen GIs forschen.

## AUSLÄNDER UND DIE VR CHINA

### (11) Tausende von chinesischen Studenten sollen im Ausland studieren

Kürzlich wurde bekannt, daß Peking beabsichtigt, Tausende von Studenten im Ausland studieren zu lassen, um sie nach ihrer Rückkehr nach China gezielt in Posten einzusetzen, die für die Modernisierung des Landes von Bedeutung sind. Laut Angaben aus Peking sollen bis zum Jahre 1985 über 20.000 Studenten zum Studium ausgewählt werden. Als Studienländer sind hauptsächlich die USA, Kanada, England, Frankreich, Holland, Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Italien und Japan, aber auch Jugoslawien und Rumänien vorgesehen. Schwerpunktstudien werden die Naturwissenschaften und Fremdsprachen sein. Zunächst einmal möchten die Chinesen etwa 1000 Studenten in die USA und je 500 nach England, Westdeutschland und Japan schicken. Sie erwarten, daß Japan in Kürze 2000 chinesische Studenten aufnehmen kann (Kyodo, engl., 17.8.78, nach SWB, 19.8.78). Wieweit sich die chinesischen Wünsche verwirklichen lassen, hängt im wesentlichen von der Kapazität der angesprochenen Länder an Studienplätzen und Unterbringungsmöglichkeiten ab.

### (12) Ausbau des Tourismus

Auf einer Tourismuskonferenz Mitte 1978 wurden neue Maßnahmen zur Erweiterung des devisenträchtigen Tourismus beschlossen. 1977 kamen insgesamt 340.000 Besucher nach China, hauptsächlich aus Hongkong, Macau und aus den Kreisen der Überseechinesen. In den ersten sechs Monaten des Jahres

1978 zählte man bereits 250.000 Landsleute aus Hongkong, Macau, Taiwan und aus Übersee sowie 50.000 ausländische Touristen.

Über 100 Städte, Landschaften und Sehenswürdigkeiten sowie verschiedene Industrie- und Landwirtschaftszentren sind bereits geöffnet. Neu eröffnet wurde inzwischen Hsi-tai-p'o in der Provinz Hopei, Sitz des ZK der KPCh während des Bürgerkriegs gegen die Kuomintang und Ch'ung-ch'ing, der Sitz der Kuomintang-Regierung während des Kriegs gegen Japan, ferner K'un-ming, die Hauptstadt Yünnans, Urumtschi, die Hauptstadt der Uigurischen Autonomen Region Sinkiang, Cheng-tu in der Provinz Szechuan und Lan-chou in Kiangsu.

In zehn Provinzen/provinzgleichen Einheiten gibt es bereits Touristenbüros, d.h. Filialen der staatlichen Lü-hsing-she.

Zahlreiche Restaurants und Hotels sind zur Zeit im Bau. Eine neue Abfertigungshalle auf dem Pekinger Flughafen wird ebenfalls zur Zeit erstellt. In Peking befindet sich ein neues siebenstöckiges Restaurant für die Zubereitung von Pekingenten kurz vor der Fertigstellung.

In einer Art Selbstkritik heißt es:

"Chinas Reisedienst ist immer noch relativ rückständig. Viele Probleme und Unzulänglichkeiten müssen gelöst werden. Es mangelt uns z.B. an Erfahrungen und modernen Einrichtungen. In manchen Hotels lassen die Verwaltung und die Dienstleistungen viel zu wünschen übrig." (PRu 1978, Nr.35 S.3)

Unbekannt in den meisten Hotels ist z.B. ein 24 Stunden geöffneter "Coffeeshop", wie er im internationalen Tourismus heute fast überall üblich ist. Um solche und andere Mängel zu beheben, kommen immer häufiger Delegationen nach Hongkong, um sich über die dortigen Hoteleinrichtungen zu informieren.

Inzwischen gibt es auch Reiseschecks in Renminbi zu Noten von 10 und 100 Yuan.

Der Individualtourismus läßt nach wie vor zu wünschen übrig. Chinareisen sind heute noch weitgehend identisch mit Gruppenreisen. Die in den meisten anderen Reiseländern übliche Praxis, daß ein Tourist sich am Bahnhof einfach eine Fahrkarte mit selbstgewähltem Ziele kauft, wird in China noch auf lange Zeit nicht praktikierbar sein. Fünf Regionen bleiben dem Tourismus vorerst noch ganz verschlossen, nämlich das Taiwan unmittelbar gegenüberliegende Fukiens, ferner Kueichou, Ch'ing-hai und die zwei Autonomen Regionen von Ninghsia und Tibet.

## INNENPOLITIK

### (13) Weiter ungezählte Rehabilitierungen und Verurteilungen

Weiterhin sind die Medien in den Provinzen und auf der zentralen Ebene voll von Berichten über Rehabilitierungen von angegriffenen Kadern und Persönlichkeiten sowie von Verurteilungen derjenigen nachgeordneten Kader, die sich zu sehr für die Linie der Linken Schanghai-Fraktion eingesetzt hatten. Um hier nur einiges herauszugreifen: In Schanghai (SWB, 25.8.78) wurde der Künstler und frühere Präsident des Schanghai-Instituts für Peking-Oper, Chou Hsin-fang,